



über
Magistrat

Der Oberbürgermeister

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Planung, Bau
und Verkehr
Herrn Dennis Volk-Borowski

4. Juli 2018

17-V-01-0016 / Beschluss Nr. 0231 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.06.2017

Stand der Planungen für das Ostfeld

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Beschluss Nr. 0231 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.06.2017 zur Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach § 165 ff Baugesetzbuch (BauGB) im Ostfeld wurde die Einleitung des Planungs- und Untersuchungsprozesses beschlossen. Nach dem Projektzeitplan sollen bis zum Ende dieses Jahres die Untersuchungen abgeschlossen werden, ein Strukturkonzept für das Untersuchungsgebiet erarbeitet und Anfang 2019 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Der Projektzeitplan konnte bisher eingehalten werden.

Das Projekt wird gemäß Beschlusspunkt 4 des Magistrats-Beschlusses Nr. 0198 vom 21.03.2017 nach den Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung durchgeführt. Bisher wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- Informationsveranstaltung für die politischen Ausschüsse am 23.08.2017;
- Auftaktveranstaltung für den Beteiligungsprozess der Bürgerschaft an der Planung am 17.11.2017 im Roncalli-Haus;
- Start der Veranstaltungsreihe „Impulse für das Ostfeld“ am 25.01.2018 mit dem Thema „Wie baut man Stadt?“, Vortrag Prof. Dr. Sonne;
- Impulsveranstaltungen: smart City für smart Citizens, Vorträge Prof. Pahl-Weber und Dr. Denkel (22.02.18); Die Herausforderungen von Verstädterung“, Vortrag Christoph Eißässer (20.03.18); „Neue Mobilität in neuen Quartieren“, Prof. Dr. Blees (26.04.18) - Die Veranstaltungsreihe wird im monatlichen Rythmus fortgesetzt;
- Start der Veranstaltungsreihe „Planungswshops“ am 07.02.2018 zum Thema Gewerbeentwicklung;

- weitere Planungsworkshops am: 13.02.18 (Thema Umwelt/Naturschutz), 06.03.18 (Thema Baukultur), 28.03. (Thema Mobilität), 18.04. (Thema Wohnen) -
- Start der Veranstaltungsreihe „Politikworkshops“ am 14.03.18 für Planungs- und Umweltausschuss - Veranstaltung für Ortsbeiräte am 10.04.18;
- Informationsveranstaltung für die Bewohner Fort Biehler am 01.02.18;
- Diskussionsrunde mit dem Vorstand der BI „Fort Biehler“ am 20.03.2018;
- Start der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Veranstaltung im Rathaus am 09.05.2018;
- Beteiligung der Nachbargemeinden am 23.05.2018.

Zudem hat am 16.06.2018 im Gymnasium am Mosbacher Berg eine große Bürgerwerkstatt stattgefunden. Hier wurden die ersten Planungsszenarien vorgestellt und mit der Bürgerschaft diskutiert. Ziel ist es eine Vorzugsvariante zu erarbeiten.

Die Abschlussveranstaltung zum Beteiligungsprozess ist für den 23.11.2018 geplant.

Auf der Grundlage des Beschlusspunktes Nr. 5 des StvV-Beschlusses Nr. 0231 vom 29.06.2017 wurden im IV. Quartal 2017 durch die federführende SEG eine Reihe von Gutachten in Abstimmung mit den Fachämtern und städtischen Gesellschaften in Auftrag gegeben, u.a. zu den Themen

- Klimafunktionen des Planungsraums,
- Bestandsaufnahme Flora und Fauna,
- Bevölkerungsprognose, Wohnflächenbedarfsprognose, Arbeitsplatzprognose,
- Verkehrliche Erschließung des Planungsraums und
- Entwässerung.

Die Ergebnisse der Gutachten sollen im Herbst dieses Jahres vorliegen.

Angesichts der aktuellen öffentlichen Diskussion über eine mögliche Müllverbrennungsanlage im Bereich des Abfallverwertungszentrums sollten diese Überlegungen im Hinblick auf die vorbereitenden Untersuchungen nicht außer Acht gelassen werden.

Inwieweit aber bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt - nach dem derzeitigen Kenntnisstand liegen bei der zuständigen Genehmigungsbehörde (Regierungspräsidium Darmstadt) noch kein formaler Genehmigungsantrag und damit auch noch keine final belastbaren Anlagenunterlagen vor - eine gutachterliche Beurteilung möglicher Auswirkungen auf das Entwicklungsgebiet gegeben sein könnte, ist momentan noch nicht abschätzbar.

Mit Schreiben vom 12.06.2018 wurden der SEG von der Firma Knettenbrech und Gurdulic Service GmbH & Co. KG erste Scopingunterlagen zur Errichtung und Betrieb einer Müllverbrennungsanlage bzw. Fernwärmeheizkraftwerks durch K+G Fernwärmeheizkraftwerk Wiesbaden GmbH zur Verfügung gestellt.

Sollte sich das Vorhaben im weiteren Prozess durch eine Antragstellung konkretisieren, wäre über die Erforderlichkeit weiterer Gutachten in Absprache mit dem Regierungspräsidium zu entscheiden. Dies ist jedoch derzeit nicht absehbar, weswegen die Vorarbeiten für das zu erstellende Strukturkonzept zügig weitergeführt werden.

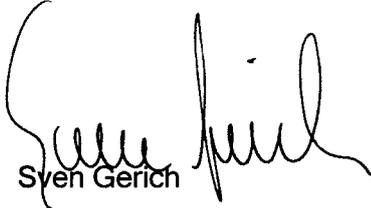
Für den Fall, dass nach Vorlage eines Genehmigungsantrages und einer erfolgten Abstimmung mit dem Regierungspräsidium vertiefende Gutachten notwendig würden, ist bereits heute davon auszugehen, dass sich aller Voraussicht nach auch der geplante zeitliche Ablauf verschiebt, da der Bearbeitungsumfang (Anzahl weiterer Gutachten, Erweiterung bishe-

riger Gutachten, z.B. Verkehrsuntersuchung, aber auch weiterer Abstimmungsbedarf bis zum Vorliegen der Gutachten und deren Konsequenzen für das Strukturkonzept) nach derzeitigen Kenntnisstand noch nicht abzuschätzen ist.

Deshalb halte ich es für geboten darauf hinzuweisen, dass in diesem Szenario mit einiger Wahrscheinlichkeit auch das Ziel des Arbeitsprozesses bis zum Anfang des nächsten Jahres eine Sitzungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten und auf deren Grundlage einen Satzungsbeschluss für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme zu treffen, in Frage gestellt werden müsste. Realistisch würde dann eine Verschiebung um mindestens drei Monate erscheinen.

Bis zu einer diesbezüglichen Entscheidung werden die Vorarbeiten für das zu erstellende Strukturkonzept zügig weitergeführt. Für den Fall, dass kein Genehmigungsantrag für eine Müllverbrennungsanlage gestellt wird, wird somit der aktuelle Zeitplan eingehalten.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Gerich